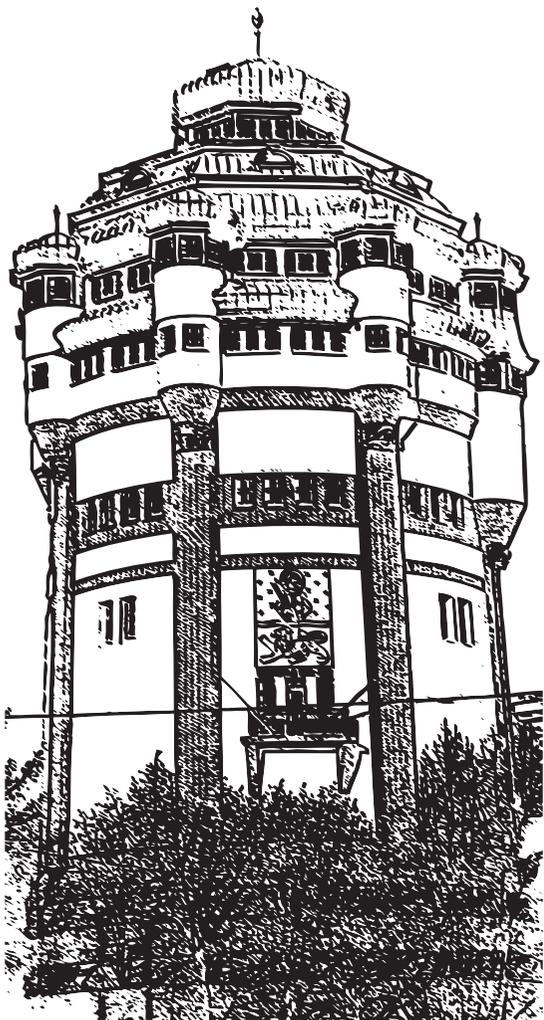


**DIE LINKE.**  
Mönchengladbach

*original sozial*



**Kommunalwahl 2009**

## **Präambel**

DIE LINKE. tritt in Mönchengladbach erstmalig zu den Kommunalwahlen an. Das hier präsentierte Wahlprogramm enthält die Ziele, die wir auf kommunaler Ebene in den nächsten Jahren und darüber hinaus erreichen wollen, und entwirft einen Handlungsrahmen für ihre politische Umsetzung.

Unser kommunalpolitisches Programm ist zuallererst ein Gegenentwurf zu der Politik, die immer mehr Menschen in Armut und Elend stürzt und die Kluft zwischen Arm und Reich in unserer Gesellschaft in den letzten Jahren immer weiter vergrößert hat.

Unser Programm macht es sich aber auch zur Aufgabe, der Umweltzerstörung entgegenzuwirken. Die ungebremste und grenzenlose Vernichtung von Natur verlangt eine grundsätzliche Richtungsänderung in Wirtschaft, Politik und Alltagsleben auch auf kommunaler Ebene.

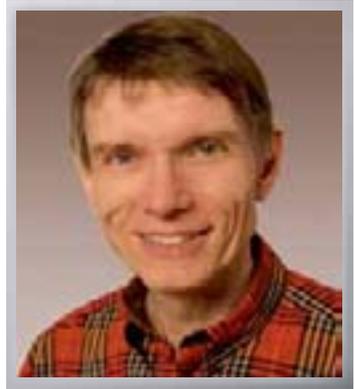
Unser Programm benennt allgemeine Gründe für die sozialen und ökologischen Schief-lagen in unserer Gesellschaft und skizziert einen Gesellschaftsentwurf, der für Armut, Verelendung und Benachteiligung keinen Raum mehr lässt.

Unser Programm entwirft schließlich Lösungsansätze und zeigt Wege auf, sie in Kom-mune und Stadtteil so umzusetzen, dass ein sozial gerechtes und ökologisch zukunfts-fähiges Zusammenleben aller Menschen möglich wird. Mit diesem Politikansatz sind wir eine entschiedene Alternative zu den etablierten Parteien und zu ihrer Wirtschafts-, Gesellschafts- und Stadtentwicklungspolitik, unter der viele Menschen leiden.

## Liebe Mönchengladbacher Bürgerinnen und Bürger.

Zum ersten Mal bei einer Kommunalwahl haben Sie die Möglichkeit, in Mönchengladbach die Partei DIE LINKE. zu wählen.

Auf den nachfolgenden Seiten stellen wir Ihnen das Programm für Mönchengladbach vor. Linke Kommunalpolitiker sitzen jedoch schon seit 2004 im Rat der Stadt. Damals kandidierte die „Linke Liste Mönchengladbach - LiLO“ und errang zwei Mandate. Dort und auch in der Odenkirchener Bezirksvertretung, der ich seit 1989 angehöre, haben wir uns besonders für die Interessen und Belange von Kindern und finanziell benachteiligten Menschen eingesetzt.



Viele Politikfelder, für die ich mich engagiert habe, sehe ich im kommunalen Bereich der Partei DIE LINKE., der ich seit 2007 als Mitglied angehöre, gut aufgehoben: Das soziale Engagement, der Einsatz für Kinder und Jugendliche, die Vorrangpolitik für den öffentlichen Nahverkehr anstelle von immer neuen, teuren Straßen, die Beachtung des Nachhaltigkeitsprinzips in allen Bereichen der Politik.

Die LINKE. kandidiert in Mönchengladbach zur Kommunalwahl flächendeckend. Sie möchte erreichen, dass die angestrebten Ziele - Zurückdrängen der Autovorrangpolitik, Einführen eines Sozialtickets, Ausbauen von vorbeugenden pädagogischen Maßnahmen bei Kindern und Jugendlichen, Einrichtung weiterer Gesamtschulen - um nur einige zu nennen, in den entsprechenden Ausschüssen und in der Arbeit des neuen Rates Gehör finden und auch umgesetzt werden. Dafür werden wir uns einsetzen.

Wir werden unsere Arbeit in den nächsten Jahren unter das Motto stellen: „Fahrt aufnehmen. Für ein besseres Mönchengladbach!“ Arbeitsplätze statt 1-EUR-Jobs, mehr Gesamtschulplätze, Durchsetzung der Nachhaltigkeit in der Politik, Sozialticket für die, die wenig Geld haben, Sozialtarife für alle Freizeit- und Bildungseinrichtungen: Fahrt aufnehmen für ein „Menschengladbach“!

Wenn Sie sich mit diesen Inhalten identifizieren können, bitte ich Sie um Ihr Vertrauen und Ihre Stimme für die Partei DIE LINKE. bei der anstehenden Kommunalwahl 2009.

Ihr



Rolf Flören

**Aus dem Inhalt**

1. Wir wollen eine demokratische Gesellschaft – auch in Mönchengladbach!	5
2. Wir wollen eine soziale Stadt!	7
3. Wir wollen eine familienfreundliche Stadt!	9
4. Wir wollen eine lebenswerte Stadt für Kinder und Jugendliche!	10
5. Wir wollen eine innovative Bildungspolitik!	12
6. Wir wollen eine solidarische Gesundheitspolitik!	14
7. Wir wollen die gleichberechtigte Integration aller MigrantInnen!	19
8. Wir wollen Geschlechtergerechtigkeit!	21
9. Wir wollen den Ausbau von Bürgerbeteiligung und Mitwirkung!	22
10. Wir wollen eine gerechte Verteilung der im Haushalt verfügbaren Gelder!	24
11. Wir wollen ECE verhindern!	26
12. Wir wollen eine sozial-ökologische Verkehrswende und Mobilität für Alle!	28
13. Wir wollen Kultur und Sport für Alle!	29

*Herausgeber DIE LINKE.  
Kreisverband Mönchengladbach*

*V.i.S.d.P. Helmut Schaper  
Tel.: 02166-9792249  
41199 Mönchengladbach*

## **1. Wir wollen eine demokratische Gesellschaft – auch in Mönchengladbach!**

Das Leben der meisten Menschen in unserer Gesellschaft ist gezeichnet von verstärkter Ausbeutung durch Niedriglohnsektor, Leiharbeit, Kombilohn, die zu existenzgefährdenden realen Lohneinbußen und Arbeitslosigkeit führen. Die Umverteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums von unten nach oben wird gesetzlich zementiert. Der rigorose Abbau staatlicher sozialer Leistungen ist seit Beginn des 21. Jahrhunderts stetig und mit dramatischen Folgen für viele Menschen verschärft worden. Der Bildungspolitik fallen in erster Linie die sozial benachteiligten Kinder zum Opfer, deren Lebens- und Entwicklungschancen durch die schulische Wirklichkeit immer krasser beschnitten werden. Die Familienpolitik schließt Millionen Eltern, Kinder und Jugendliche von der Teilhabe am materiellen und kulturellen gesellschaftlichen Reichtum aus.

Verantwortlich für diese unsoziale, gegen die Mehrheit der Bevölkerung gerichtete Politik sind

- ein Wirtschaftssystem, dessen „Seele“ die Privatisierung des gesellschaftlich erwirtschafteten Reichtums ist mit dem Ziel, höchstmöglichen Profit für die Kapitalbesitzer zu erzielen;
- eine Politik, deren erstes Ziel die Absicherung der Profite ist, nicht die Sicherstellung menschenwürdiger Lebensgrundlagen und eines sozialen und kulturellen Netzes für alle Menschen;
- die Verwandlung aller Lebensbereiche, auch der sozialen und kommunalen Dienstleistungen, in die Form von Waren, die verkauft werden können, um aus ihnen ebenfalls größtmöglichen Profit zu ziehen, etwa Gesundheit, Altersversorgung, Pflege, Arbeitsvermittlung, Verkehr;
- die systematische Verdummung der Menschen durch die Verschleierung von Ausbeutung, Verarmung und Verelendung in Bildungseinrichtungen – schon in Kindergarten und Schule -, Medien und Parteiprogrammen, in denen Phrasen von sozialer Marktwirtschaft, Solidarität, Eigenverantwortung, Familienfreundlichkeit gedroschen werden, obwohl die gesellschaftliche Realität diese Begriffe längst entsorgt hat.

**Unsere sozialen und natürlichen Lebensgrundlagen haben unter diesen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen global einen Zustand erreicht, der ihre weitere exzessive Ausbeutung verbietet, damit unsere Kinder auf dieser Erde noch eine Zukunft haben.**

**Deshalb fordert DIE LINKE.** global wie kommunal einen sofortigen und konsequenten Umbau gesellschaftlicher Lebensgrundlagen. Der lebensfeindlichen gesellschaftlichen Wirklichkeit stellen wir ein Modell des menschlichen Zusammenlebens entgegen, in dem nicht Gewinnmaximierung, sondern soziale und ökologische Maßstäbe Grundlage aller politischen Entscheidungen sein sollen. Unsere Politik ist dennoch nicht wirtschaftsfeindlich, sondern verfolgt das Ziel einer umfassenden *Nachhaltigkeit*.

Damit ist gemeint:

- *Ökologische Nachhaltigkeit* soll Natur und Umwelt, also Artenvielfalt, Kultur- und Landschaftsräume, in ihrer ursprünglichen Gestalt für die nachfolgenden Generationen erhalten. Sie verlangt Klimaschutz und einen schonenden Umgang mit der natürlichen Umwelt.
- *Ökonomische Nachhaltigkeit* setzt auf eine Wirtschaftsweise, die dauerhaft allen Menschen eine tragfähige Grundlage für Erwerb und Wohlstand bietet, unter der Bedingung des Schutzes der natürlichen Ressourcen.
- *Soziale Nachhaltigkeit* versteht gesellschaftliche und individuelle Entwicklung als Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben für alle, als Ausgleich sozialer Unterschiede mit dem Ziel, eine auf Dauer zukunftsfähige, lebenswerte Gesellschaft zu gestalten.

Die so verstandene Nachhaltigkeit mündet in die folgenden politischen Zielsetzungen:

- Langfristige Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen
- Verzicht auf das Streben nach Profitmaximierung
- Aufgabe bzw. Umbau umweltzerstörender Produktionsverfahren- und Industriezweige
- Priorität für den Lebensstandort vor dem Wirtschaftsstandort.

Die Umsetzung dieser Ziele findet nicht nur auf internationaler, Bundes- und Landesebene statt, sondern beginnt vor Ort, auch hier in Mönchengladbach.



## **2. Wir wollen eine soziale Stadt!**

DIE LINKE. Mönchengladbach steht für eine Politik in unserer Stadt, die darauf ausgerichtet ist, weitere soziale Verschlechterungen zu verhindern und spürbare Verbesserungen durchzusetzen.

Zwar gibt es seit 2004 in unserer Stadt einen so genannten Mönchengladbach-Pass. EmpfängerInnen von Hartz IV oder Grundsicherung und andere Personen mit geringem Einkommen können diesen Ausweis beim Jugendamt beantragen. Sie erhalten mit diesem Pass bis zu 50% Ermäßigung bei Theater, Konzert und Museumsbesuchen; sowie beim Eintritt für den Odenkirchener Zoo und für Kurse bei der Musik- und der Volkshochschule. Kinderreiche Familien erhalten ab dem fünften Kind beim Kauf von Zehnerkarten für die städtischen Bäder jeweils 20 Kinderfreikarten zusätzlich zur Ermäßigung.

Allerdings beansprucht nur ein Bruchteil der Nutzungsberechtigten -zur Zeit etwa 800 Personen- diese Vergünstigung, weil die Stadt, vermutlich um Kosten zu sparen, nur sehr mangelhaft über sie informiert, obwohl sie sicherlich für alle Nutzungsberechtigten eine finanzielle Entlastung darstellen würde.

Die Kosten für den Öffentlichen Nahverkehr können viele Menschen, die auf ihn angewiesen sind, nicht aufbringen, so dass sie auf die Teilnahme an Bildungsangeboten und kulturellen Ereignissen schon aufgrund fehlender Mobilität oft verzichten müssen.

Schließlich sind die Kosten für Strom und vor allem für Gas in den letzten Jahren stark angestiegen und sie werden weiter steigen. Diesen Belastungen sind viele Familien mit geringem Einkommen nicht mehr gewachsen, häufig sind sie nicht mehr in der Lage, im Winter ihre Wohnungen zu heizen.

### ***Deshalb fordert DIE LINKE.***

- Alle Menschen, die Anspruch auf soziale Unterstützung oder Arbeitslosengeld haben, erhalten automatisch mit dem Bewilligungsbescheid für ihre Leistungen den Mönchengladbach-Pass.
- In Anbetracht der steigenden Lebenshaltungskosten verschafft der Mönchengladbach-Pass kostenlosen Zugang zu allen öffentlichen Einrichtungen und kulturellen, sportlichen und Bildungsangeboten.
- Nicht nur der Jahresbeitrag für die Nutzung der Stadtbücherei wird für Personen mit geringem Einkommen abgeschafft, sondern auch alle Medien werden kostenfrei an Inhaber des Mönchengladbach-Passes ausgeliehen.

- Der Internetzugang in der Stadtbücherei wird für Inhaber des Passes kostenfrei.
- Der Mönchengladbach-Pass wird durch ein Sozialticket ergänzt, mit dem Bezieher von Leistungen nach SGB II und SGB XII für 15,00 Euro monatlich den öffentlichen Nahverkehr nutzen können.
- Allen Menschen, die Anspruch auf soziale Unterstützung oder Arbeitslosengeld haben, wird ein Sozialtarif für Strom, Gas und Wasser eingeräumt.
- Alle Versorgungsbetriebe – Gas, Wasser Strom – werden kommunalisiert, um die existenzielle Grundversorgung von Profitinteressen abzukoppeln.
- Das Arbeitslosenzentrum soll, wie in der Vergangenheit, öffentlich gefördert werden.
- Die Praxis der Zwangsumzüge von Hartz-IV-EmpfängerInnen und von BezieherInnen von Grundsicherung im Alter wird sofort beendet. Die Kosten der Unterkunft dürfen nicht pauschaliert werden, sie werden in der vollen tatsächlichen Höhe erstattet.
- Alle zwei Jahre erstellt die Stadt Mönchengladbach einen Armuts- und Reichtumsbericht
- Die Stadt schafft einen öffentlichen Beschäftigungssektor. Der Arbeitsplatzabbau in der Stadtverwaltung und in den städtischen Tochterunternehmen wird gestoppt. Alle offenen Stellen bei der Stadtverwaltung und in den städtischen Betrieben werden unverzüglich besetzt, alle städtischen Auszubildenden werden in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen.
- Öffentliche Aufträge werden nur an Unternehmen vergeben, die tariflich entlohnen und keine Zeitarbeiter zu Armutslöhnen beschäftigen.



### 3. Wir wollen eine familienfreundliche Stadt!

Viele Familien in unserer Stadt sind von Armut und Verelendung betroffen, es werden immer mehr. Die Regelsätze für eine materielle Grundversorgung reichen nicht aus, den betroffenen Familien ein Leben ohne den krankmachenden Druck materieller Sorgen zu ermöglichen. Armut bedeutet Krankheit und früherer Tod, sie bedeutet Verzicht auf gesunde Ernährung, sie bedeutet verringerte, meistens keine Bildungs- und damit berufliche Entwicklungschancen für die Kinder. Sie führt zum Ausschluss von kulturellen und sportlichen Aktivitäten; sie bewirkt eine seelisch krankmachende familiäre Atmosphäre; sie überfordert Eltern erzieherisch und nimmt den Kindern jede Chance auf eine zufriedene oder gar glückliche Kindheit; sie formt Lebensumstände, die die Entwicklung von Selbstwertgefühl und Selbstbewusstsein behindern; sie mündet schließlich in ein Leben, in dem Würde und Selbstachtung oft Fremdworte bleiben.

#### *Deshalb fordert DIE LINKE.*

- Mönchengladbach soll eine familienfreundliche Stadt werden, die alle möglichen Anstrengungen unternimmt, insbesondere für finanziell benachteiligte Menschen und für Familien mit mehreren Kindern attraktiv zu werden.
- Es müssen lokale Angebote eingerichtet werden, die Müttern und/oder Vätern helfen, zu lernen, Ernährung für sich und ihre Kinder wichtig zu nehmen.
- Wir brauchen wohnortnahe und niedrigschwellige Beratungsangebote, die zu Erziehung, Familienleben, Medienkonsum, Drogen, Gewalt und anderen Themen Einzelberatung und Gruppentraining zur Verfügung stellen.
- Im kommunalen Haushalt müssen ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden, die wenigstens einen Teil der materiellen Defizite - etwa den Mehrbedarf für besondere Lebenslagen und -notwendigkeiten -, die die Regelsatzverordnung von 2005 geschaffen hat, ausgleichen.
- In Mönchengladbach muss ein „Bündnis für Familien“ ins Leben gerufen werden, das diesen Namen verdient, weil es armen und sozial benachteiligten Familien zu einer nachhaltigen Entlastung und zur Teilhabe am öffentlichen Leben verhilft.



#### **4. Wir wollen eine lebenswerte Stadt für Kinder und Jugendliche!**

Kinder und Jugendliche werden in unserer Stadt in vielfacher Hinsicht vernachlässigt. Das Kinderbildungsgesetz ist ein weiterer Schritt in die falsche Richtung, weil mit ihm Qualitätsstandards abgebaut, Elternbeiträge erhöht sowie prekäre Beschäftigungsverhältnisse für das Personal geschaffen werden.

Die meisten Spielplätze befinden sich in einem erbärmlichen Zustand, Abenteuerspielplätze sind rar. Aus dem Familienbericht der Stadt Mönchengladbach geht hervor, dass inzwischen viele Kinder von Armut betroffen sind, ihre Bildungschancen gering sind und sie begrenzte oder gar keine Möglichkeiten zur Teilhabe an entwicklungsfördernden, zukunftssichernden kulturellen und sportlichen Angeboten haben. Für Jugendliche gibt es viel zu wenige altersangemessene und pädagogisch betreute Zentren oder Treffs, die ihnen ein anregendes, sozial integrierendes und fachlich unterstütztes Zusammenkommen ermöglichen. Kinder und Jugendliche, die von Armut betroffen sind, tragen ein hohes gesundheitliches Risiko.

#### ***Deshalb fordert DIE LINKE.***

- **Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren müssen zügig ausgebaut werden.**
- **Die Kinder von EmpfängerInnen von Sozialleistungen und anderen Hilfen zum Lebensunterhalt erhalten kostenloses Mittagessen in Kindergärten und Schulen.**
- **Ein Sozialfonds für Schulbücher und Schulbedarf soll arme und bedürftige Familien entlasten.**
- **Die gesundheitliche Versorgung von Kindern muss erweitert und verbessert werden. Gerade für Kinder aus benachteiligten Familien, für Kinder von MigrantInnen und Flüchtlingen und von Alleinerziehenden gibt es zu wenige spezifische Angebote. Hier müssen bestehende Angebote ausgebaut und neue Angebote entwickelt und geschaffen werden.**
- **Sorgentelefone für Kinder sowie weitere Angebote anonymer Beratung sind stärker zu fördern.**
- **Die Stadt braucht mehr wohnortnahe Spielplätze, Abenteuerspielplätze und ähnliche Einrichtungen. Überprüfungen der Spielplätze auf Sicherheit und Schadstoffbelastung müssen intensiver und öfter als bisher durchgeführt werden, bei Mängeln muss schneller Abhilfe geschaffen werden.**

- Pädagogische und sexualpädagogische Angebote für Mädchen und Jungen müssen geschaffen werden als Rahmen für notwendige Aufklärung, um der Veränderung geschlechtsspezifischer Rollenmuster gerecht zu werden. Wir unterstützen Zufluchtsstätten für misshandelte, in Not geratene und sexuell missbrauchte Kinder, etwa in Form eines Mädchen- und Jungenhauses, damit eine ausreichende Betreuung für sie sichergestellt werden kann.
- Die Integration behinderter Kinder in Kindergärten, Kindertagesstätten und Schulen muss selbstverständlich werden. Wie alle anderen Kinder wollen auch Kinder mit Behinderungen leben, lernen und spielen.
- Der Anteil von MigrantInnen, die als ErzieherInnen in Kindergärten, Kinderhorten und Tagesstätten eingestellt werden, muss erhöht werden, da diese zur Integration der Kinder von MigrantInnen beitragen und zudem Vorurteile bei einheimischen Eltern abbauen können.
- Die Kommune braucht eine ausreichende Anzahl von StreetworkerInnen, die Kontakt- und Betreuungsarbeit für auffällig gewordene Kinder und Jugendliche leisten.
- Jeder Stadtteil braucht eine sozialpädagogisch betreute Jugendfreizeiteinrichtung.



## **5. Wir wollen eine innovative Bildungspolitik!**

Bildung ist eine der wichtigsten Ressourcen der Zukunft – auch in Mönchengladbach.

Das deutsche Bildungssystem trennt Kinder zu früh auf ihrem Bildungsweg, ist unzureichend ausgestattet und bewirkt soziale Auslese, wie alle PISA-Studien belegen. Der internationale Vergleich der messbaren schulischen Leistungen macht deutlich, dass eine völlig neue Schulkonzeption notwendig ist. Die skandinavischen Länder können dabei als Modell dienen: Diese Länder geben etwa 7,5 – 8,5 % des Bruttoinlandsproduktes für Bildung aus, in Deutschland sind es nur 4,9 %.

Nahezu alle BildungsexpertInnen sind sich einig, dass die Gesamtschule derzeit die sinnvollste Schulform ist. Mönchengladbach hat es verpasst, eine weitere Gesamtschule einzurichten. Im neuen Schuljahr 2008/09 wurden 497 Anmeldungen für die Gesamtschulen nicht berücksichtigt. Etwa die Hälfte der angemeldeten Kinder kann demnach keine Gesamtschule besuchen. Fünf Gesamtschulen stehen zwölf Hauptschulen, neun Gymnasien und vier Realschulen (plus zwei Auslagerungen) gegenüber.

Ein wesentlicher Bereich der Bildungspolitik ist die Aus- und Weiterbildung. Nach wie vor bleiben viele Jugendliche nach ihrer Schulzeit ohne Ausbildungsplatz zurück und werden in unterschiedlichsten Maßnahmen geparkt. Immer mehr Schul- und Hochschulabgänger werden von einem unbezahlten Praktikum ins nächste geschleust, ohne dass sich ihnen eine berufliche Perspektive erschließt.

### ***Deshalb fordert DIE LINKE.***

- Wir wollen „eine Schule für alle“ bis zur 10. Klasse mit neuen Lernformen, kleineren Klassen, einer verstärkten Schulsozialarbeit und einer Ganztagsbetreuung.
- Bis zur Umsetzung der „einen Schule für alle“ verlangen wir den weiteren Ausbau der vorhandenen Gesamtschulen als Ganztagschulen.
- Die Zahl der noch vorhandenen zwölf Hauptschulen soll durch teilweise Umwandlung in Gesamtschulen reduziert werden.
- Ein flächendeckender Vertretungsunterricht für alle Unterrichtsfächer und alle Schulen soll den Unterricht auch bei Krankheit, Schwangerschaft oder anderen unvorhersehbaren Ausfällen von Lehrkräften sicherstellen.

- Alle Schulen sollen mit hinreichend viel Lehrpersonal in allen Unterrichtsfächern ausgestattet werden.
- In städtischen Betrieben und Verwaltungen muss eine zehnzprozentige Ausbildungsquote eingehalten werden, inklusive einer Übernahmegarantie für die Auszubildenden.
- In städtischen Betrieben und Verwaltungen sind Praktika zu vergüten; außerdem muss es eine Begründungspflicht geben, wenn PraktikantInnen außerhalb von Pflichtpraktika eingestellt werden.



## **6. Wir wollen eine solidarische Gesundheitspolitik!**

Gesundheit ist, laut Definition der Weltgesundheitsorganisation (WHO) von 1981, ein „Zustand des vollkommenen körperlichen, seelischen (geistigen) und sozialen Wohlbefindens des Menschen und nicht nur das Freisein von Krankheit und Gebrechen. Die Erlangung des bestmöglichen Gesundheitszustandes ist eines der Grundrechte eines jeden Menschen ohne Unterschied der Rasse, Religion, des politischen Bekenntnisses, der wirtschaftlichen oder sozialen Stellung“.

Für DIE LINKE. ist Gesundheit als Grundrecht im Grundgesetz zu verankern, weil Gesundsein ein individuelles und ein gesellschaftliches Gut ist, wie Krankheit ein individuelles und ein gesellschaftliches Problem.

Auch im Gesundheitswesen wächst der Druck auf Kliniken und andere medizinische Einrichtungen durch neoliberale ökonomische Entscheidungen und Verfahrensweisen. Medizinisches Handeln und kommunale Gesundheitsfürsorge sollen sich nur noch an wirtschaftlichen Gesichtspunkten, nicht an Kriterien des medizinischen Wissens und der optimalen Behandlung von Krankheit orientieren. Das Gesundheitswesen soll marktfähig gemacht werden, um hohe Profite abschöpfen zu können.

„Weil du arm bist, musst du eher sterben“, diese Wahrheit gilt in unserem Land nach wie vor. Armut hat nach einer Untersuchung von „Armut und Gesundheit in Deutschland e. V.“ schwerwiegende gesundheitliche Auswirkungen, also ein erhöhtes Morbiditäts- und Mortalitätsrisiko (Krankheits- und Sterberisiko) zur Folge. Die beste Prävention besteht darin, dass die Menschen ihre Ressourcen und Fähigkeiten entwickeln können. Jeder Mensch hat deshalb einen unbegrenzten Anspruch auf optimale Entwicklung und gesundheitliche Versorgung.

Leitbild unserer Gesundheitspolitik ist die WHO-Definition für eine „gesunde Stadt“:

„Eine gesunde Stadt verbessert kontinuierlich die physischen und sozialen Lebensbedingungen und fördert die Entfaltung gemeinschaftlicher Aktions- und Unterstützungsformen; beides mit dem Ziel, die Menschen zur wechselseitigen Unterstützung in allen Lebenslagen zu befähigen und ihnen die maximale Entfaltung ihrer Anlagen zu ermöglichen.“ Die Gesundheitspolitik in den Städten und Gemeinden in NRW - auch in Mönchengladbach - zeichnet sich durch Stillstand und Rückständigkeit aus. Gesundheitsvorsorge und -aufklärung, die Förderung von Selbsthilfe und eine umfassende Definition von Gesundheit spielen nur eine geringe Rolle.

***Deshalb fordert DIE LINKE.***

- Die Selbstorganisation Betroffener muss weiter und dauerhaft gefördert werden, etwa Drogenselbsthilfe, Aidshilfe, institutionelle Förderung von Krebs-Selbsthilfegruppen.
- Frauen und Männer unterscheiden sich, das zeigt nicht zuletzt die Gesundheitsberichterstattung 2000 des Landes NRW, hinsichtlich ihres Gesundheits- und Krankheitsverhaltens. Für eine angemessene Gesundheitsversorgung fehlt ein Überblick über die gesundheitliche Situation von Frauen. Wir treten für die Errichtung von Frauengesundheitszentren und die Erstellung eines Gesundheitsberichtes zum Thema Frauengesundheit ein.
- Eine umfassende Gesundheitsberichterstattung ist unverzichtbar, um einen Überblick über die Gesundheit der Bevölkerung zu bekommen, sie muss Planungsgrundlage für die Gestaltung der kommunalen Gesundheitspolitik sein.
- Die Mönchengladbacher Gesundheitskonferenz muss bei der Erarbeitung gesundheitspolitischer Maßnahmen eine größere Rolle spielen. Alle im Gesundheitswesen tätigen Gruppen und Organisationen sind in die Arbeit der Gesundheitskonferenzen stärker als bisher einzubeziehen.
- Gesundheitspolitik muss - vergleichbar der Umwelt- und Frauenpolitik - eine Querschnittsaufgabe innerhalb der Kommune werden. Alle Planungs- und Entscheidungsprozesse der Verwaltung und der Politik müssen unter gesundheitspolitischen Aspekten geprüft werden.
- Die medizinische Versorgung obdachloser Menschen muss eine Aufgabe der öffentlichen Gesundheitsfürsorge sein.
- Drogengebrauchende Menschen dürfen nicht weiter wie Kriminelle behandelt werden. Sie brauchen den Ausbau von Integrations- und Qualifizierungsmaßnahmen und deren Förderung für Süchtige, damit diese die Chance eines Lebens auch außerhalb ihrer Szene erhalten.
- Die Untersuchung auf krankmachende Bedingungen und Schadstoffe in Betrieben, Schulen und anderen Einrichtungen ist auszubauen.
- Die schulärztliche Betreuung und Aufklärung von Kindern und Jugendlichen ist zu intensivieren. Angesichts zunehmender Kinderarmut und des Zusammenhangs von Armut und Gesundheit bzw. Krankheit ist es notwendig, die Gesundheit junger Menschen mit Vorsorgeprogrammen, die speziell für sie entwickelt werden, zu fördern.

Reserveliste Platz 1



*Flören, Rolf  
Zauberer*

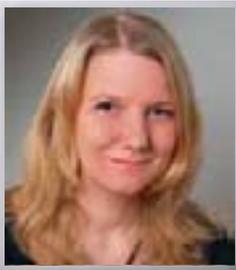
Mitglied der Bezirksvertretung Odenkirchen seit 1989 und Mitglied des Rates der Stadt seit 2002.

Engagiert im Bereich Jugendpolitik und soziale Fragen.

Rolf Flören: „Ich kandidiere, um den Menschen, die in Mönchengladbach von Hartz 4 leben müssen, im Rat Gehör zu verschaffen.“

---

Reserveliste Platz 2



*Schiemann, Nicola  
Rechtsanwältin*

Engagiert im Bereich Migranten- und Flüchtlingsarbeit.

Nicola Schiemann: „Die Gesellschaft ist mehr als die Sicherung von Banken und Firmen mit Milliarden Euro.

Niemand darf auf der Strecke bleiben!“

---

Reserveliste Platz 3



*Schaper, Helmut  
Sozialarbeiter*

Mitglied der Bezirksvertretung Odenkirchen und Mitglied des Rates der Stadt Mönchengladbach.

Engagiert im sozialen Bereich und Umweltprojekten.

Helmut Schaper: „Wir sind Teil der Natur, nicht ihr Eroberer. Und wenn wir die Natur verletzen, verletzen wir uns selbst.“

---

Reserveliste Platz 4



*Clasen, Bernhard  
Übersetzer*

Mitarbeit in regional und überregional Friedensinitiativen.

Zusammenarbeit mit Anti-AKW-Bewegung in der BRD und Russland.

Bernhard Clasen: „Jeder Vierte ist armutsgefährdet - Tendenz steigend. Die wachsende Armut ist auch in Mönchengladbach sichtbar.

Für uns LINKE sind Projekte gegen die Armut wichtiger als Prestigeprojekte.“

Bis 1999 45 Jahre Mitglied der SPD. Mitglied von ÖTV bzw. Ver.di seit 1955.

12 Jahre Personalratsmitglied des Arbeitsamtes Köln und Mitglied des Hauptpersonalrates der Bundesanstalt für Arbeit.

Dieta Rombey: „Die Trümmerfrauen haben unser Land aufgebaut. Sie verdienen einen Lebensabend in Würde. Nicht in Armut.“

---

Parteilos. Engagiert im „Linken Forum“ und ehrenamtliche Tätigkeit im Vorstand eines Sportvereins und einem Träger der Jugendhilfe.

Sein Fortbewegungsmittel: Das Fahrrad.

Torben Schultze: „Wer auf Autos und Straßen setzt, darf sich nicht wundern, wenn er im Stau stehen bleibt!“

---

24 Jahre Mitglied der SPD. Gründungsmitglied der WASG 2005 in Mönchengladbach.

Engagiert im Bereich Schulpolitik.

Johannes Frommen: „Der Elternwille muss beachtet und nicht mit Füßen getreten werden. Wir brauchen sofort eine 6. Gesamtschule.“

---

Austritt aus der SPD 2005 wegen Hartz IV und der Agenda 2010.

Gründungsmitglied der WASG 2005 in Mönchengladbach. Mitglied der IG Metall seit 1975. Seit 1983 Betriebsrat.

Mittlerweile Betriebsratsvorsitzender in einem großen Maschinenbaukonzern.

Reinhold Siegers: „Mehr Mitbestimmung und Demokratie wagen - überall“



*Rombey, Dieta  
Rentnerin*



*Schultze, Torben  
Anwendungsentwickler*



*Frommen, Johannes  
Diplom-Sozialwissenschaftler*



*Siegers, Reinhold  
Vorsitzender Konzernbetriebsrat und Betriebswirt*

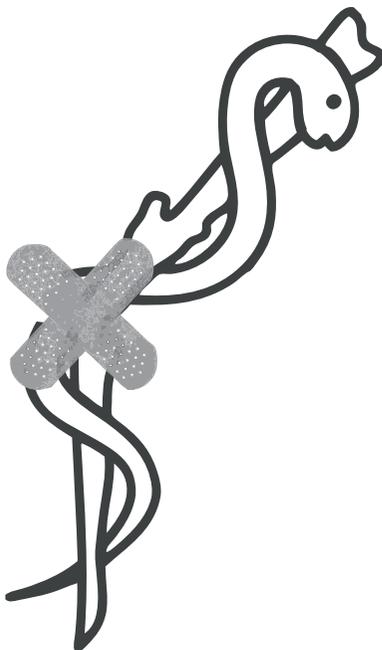
Reserveliste Platz 5

Reserveliste Platz 6

Reserveliste Platz 7

Reserveliste Platz 8

- Auf die Bedürfnisse von Flüchtlingen und MigrantInnen müssen die Gesundheitsämter stärker mit speziellen Programmen reagieren. Die medizinische und psychotherapeutische Hilfe für Menschen, die durch Flucht und Kriegsgefahr traumatisiert worden sind, und die Hilfe für Frauen, denen Beschneidung und Vergewaltigung widerfahren ist, muss einen besonderen Stellenwert erhalten.
- Die Stadt muss Alleingesellschafter des Elisabeth Krankenhauses bleiben. Die medizinische Versorgung im stationären Bereich gehört zur Daseinsvorsorge der Kommunen. Mit den Überlegungen, durch eine Fusion bzw. durch Beteiligung über Kapitalerhöhung sparen zu können, beraubt sich die Stadt selbst notwendiger Einflussmöglichkeiten.
- Die Qualitätsberichte der Mönchengladbacher Krankenhäuser werden den Anforderungen an Qualitätskontrolle nicht gerecht, sie beschränken sich in der Regel auf die Aufzählung der durchgeführten Operationen und Behandlungen. Die Erstellung aussagefähiger Qualitätsberichte muss selbstverständlich sein, also angeordnet werden.
- Die Versorgung im Bereich Palliativmedizin ist in unserer Stadt völlig unzureichend, die Bettenzahl ist drastisch zu erhöhen. Das Hospizangebot muss ausgebaut werden.



## **7. Wir wollen die gleichberechtigte Integration aller MigrantInnen!**

In Mönchengladbach leben ca. 40.000 Menschen mit sog. Migrationshintergrund. Dies sind 15 % unserer Bevölkerung. Viele von diesen Menschen sind an Kulturvereine und religiöse Gemeinschaften gebunden. Integration in der dritten oder vierten Generation ist vielfach erreicht. Die Kinder der ersten Generation der sog. ArbeitsmigrantInnen haben Schulen besucht, einen Beruf erlernt oder sogar studiert. Ausländische und deutsche MitbürgerInnen begegnen sich am Arbeitsplatz, in Sportvereinen und verbringen Freizeit miteinander. Das Leben wird dadurch bunter und die Annäherung an andere Kulturen und Religionen bereichert alle Menschen in dieser Stadt. Hierzu leisten der Integrationsrat und die Wohlfahrtsverbände gute Arbeit.

Dennoch wirft die Integration von MigrantInnen weiterhin Probleme auf. Die räumliche Trennung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen und die überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit bei Menschen mit Migrationshintergrund benötigen, genauso wie die Probleme im Bildungsbereich und die mangelnden Möglichkeiten der politischen Teilnahme und des Rassismus' im Alltag, neue, weitreichende Lösungsansätze. Das Erlernen der Sprache ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration und muss deshalb kommunal kostenfrei und flächendeckend angeboten werden.

Wir setzen uns für einen Dialog zwischen allen Kulturkreisen ein, in dem gegenseitige Vorurteile abgebaut und ein solidarisches und friedvolles Zusammenleben möglich werden.

### ***Deshalb fordert DIE LINKE.***

- Einbürgerung muss erleichtert werden. Auf kommunaler Ebene ist es vor dem Hintergrund europakonformer Auslegung von Gesetzen und Verwaltungsvorschriften erforderlich, dass im Hinblick auf gestellte Einbürgerungsanträge in jeglicher Hinsicht eine größtmögliche Ermessensausübung der Einbürgerungsbehörde zugunsten der Betroffenen – auch im Hinblick auf das Kriterium Lebensunterhaltssicherung – erfolgen muss. Darüber hinaus ist eine Beschleunigung und Vereinfachung von transparenten Einbürgerungsverfahren auf kommunaler Ebene zu fordern.
- Die Sicherheitsbefragung ist abzuschaffen. Der Rat der Stadt Mönchengladbach wird aufgefordert, sich bei der Landesregierung NRW für die Rücknahme des entsprechenden Landeserlasses einzusetzen. Dieser enthält eine unmenschliche und diskriminierende Befragungspraxis. MigrantInnen, die diesen Fragebogen nicht ausfüllen, droht ein Entzug der Aufenthaltserlaubnis.

- Minimalziel ist für uns die Einführung eines Kommunalwahlrechts für Drittstaatsangehörige, gleiche Bildungs- und Ausbildungschancen (Erweiterung der Sprachförderung, mehr individuelle Förderung in der Schule), Ausbau bedarfsgerechter Angebote zur beruflichen Orientierung sowie schulischer Angebote, die zu anerkannten Berufsabschlüssen führen.
- Die Einleitung aufenthaltsbeendender Maßnahmen, z.B. durch Nichtverlängerung von Aufenthaltstiteln, Ausweisung und Abschiebung wegen des Nichtbestehens von Sprachtests, muss künftig unterbleiben.



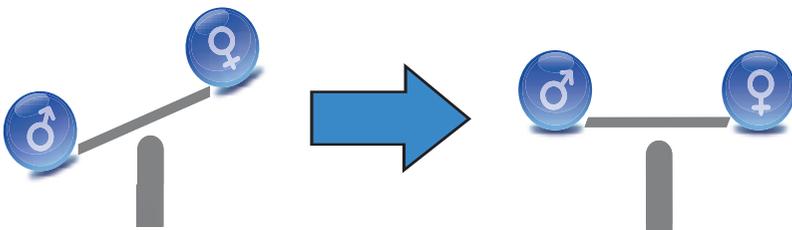
## 8. Wir wollen Geschlechtergerechtigkeit!

Von der Gleichstellung der Geschlechter ist unsere Gesellschaft weit entfernt. Wesentliche Forderungen der Frauenbewegung, die Voraussetzung für eine grundsätzliche Gleichstellung wären, sind nach wie vor nicht erfüllt: Vereinbarung von Beruf und Familie, Leben in Sicherheit und ohne Gewalt, oder gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit.

Knappe Kassen dürfen nicht als Begründung dienen, um Maßnahmen für die Gleichstellung von Frauen in der Gesellschaft zu streichen. Politik vor Ort muss außerdem unterschiedliche Lebensformen, nicht nur die bürgerliche Ehe, sondern auch alternative Lebensweisen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen unterstützen und ihnen politischen Rückhalt geben.

### ***Deshalb fordert DIE LINKE.***

- Eine aktive Gleichstellungspolitik muss Frauen die volle Teilhabe an allen gesellschaftlichen Entscheidungen ermöglichen.
- Frauenhäuser zum Schutz von Frauen, die unter familiärer oder partnerschaftlicher Gewalt leiden, müssen finanziell abgesichert und ausgebaut werden.
- Frauen- und Mädchenprojekte sollen besonders gefördert werden.
- Der Bedarf an Beratungsstellen zur Unterstützung von Alleinerziehenden, u. a. bei Wohnungsbeschaffung, Kinderbetreuung, sozialen Engpässen und Versorgung im Krankheitsfall, muss ermittelt und abgedeckt werden.
- In der kommunalen Verwaltung und allen kommunalen Betrieben und Einrichtungen wird der Grundsatz „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ konsequent umgesetzt.
- Der berufliche Wiedereinstieg von Frauen nach Jahren der Kinder- und Familienarbeit muss in städtischen Betrieben garantiert werden



## **9. Wir wollen den Ausbau von Bürgerbeteiligung und Mitwirkung!**

Der Ausbau von Entscheidungsbefugnissen und Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger ist eine der wichtigsten kommunalpolitischen Aufgaben.

Der gesamte Haushalt der Stadt soll in einem regelmäßigen Beteiligungsverfahren aufgestellt werden, das eine direkte Mitwirkung der hier lebenden Menschen an kommunalen Schwerpunktsetzungen sicherstellt.

### ***Deshalb fordert DIE LINKE.***

- Bürgeranträge und Bürgerbegehren sollen bei allen politischen Aufgaben der Kommune möglich sein, auch bei haushaltsrelevanten Fragen und zu wichtigen kommunalen Problemen sollten BürgerInnen ein Mitspracherecht haben.
- Die Demokratisierung des Kommunalwahlrechts soll durch Einführung größerer Wahlmöglichkeiten bei den Kandidaten auf den Listen, wie Kumulieren und Panaschieren, weiterentwickelt werden.
- Nebeneinkünfte von Kommunalpolitikern, z.B. in Aufsichtsratsgremien, müssen offengelegt werden.
- Einschränkungen in der Gemeindeordnung durch die schwarz-gelbe Landesregierung sollen zurückgenommen werden.
- Unbürokratische und bürgerfreundliche Fragestunden werden eingerichtet. So können Informationsmängel aufgelöst und der Abstand zwischen Einwohnern und kommunalen Gremien verringert werden.
- Die Rechte der Bezirksvertretungen müssen gestärkt werden, etwa über einen eigenen Haushalt als Grundlage ihrer Handlungsfähigkeit.
- Amtszeit und Wahlperiode der Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte müssen wieder an die der kommunalen Vertretungskörperschaften angepasst werden.
- Ein unabhängiges Bürgerbüro soll eingerichtet werden. Dieses Büro soll sich mit Verbraucherzentrale, Mieterverband, Gewerkschaften, ASTA, LAGA, Flüchtlingsrat, Frauenhaus, Gesundheitsladen, AWO, kirchlichen Hilfsorganisationen und anderen Einrichtungen und Organisationen vernetzen, die Interessen von Menschen gegen Benachteiligung und Ausgrenzung vertreten.

- Dieses Beratungsbüro kann außerdem aus kommunaler Sicht inakzeptablen Maßnahmen des Bundes und des Landes wirksam entgegenwirken.
- Im Bürgerbüro ist auf lokaler Ebene eine Kontaktstelle sozialer Bewegungen als Anlaufstelle für Gruppen, Initiativen, Vereine und Verbände anzusiedeln.



## **10. Wir wollen eine gerechte Verteilung der im Haushalt verfügbaren Gelder!**

*„Reicher Mann und armer Mann  
Standen da und sah ´n sich an.  
Und der Arme sagte bleich:  
„Wär‘ ich nicht arm, wärst Du nicht reich.“*  
Bert Brecht

Die Finanzsituation der Kommunen ist seit Jahren katastrophal. Wichtige Ursachen dafür sind der seit 1980 sinkende Anteil der Kommunen am gesamten Steueraufkommen Deutschlands, die Steuerreformen zu Lasten des Gemeinwohls in den letzten Jahrzehnten und die wirtschaftliche Entwicklung vor Ort, die zu einem gravierenden Rückgang der kommunalen Steuereinnahmen geführt hat.

Für diese Lage, von der die in unserer Stadt lebenden Menschen in vielfacher Hinsicht bedroht werden, kann die Kommunalpolitik nicht verantwortlich gemacht werden. Sie trägt aber sehr wohl die Verantwortung für die hausgemachten Ursachen der Finanzmiserie in Mönchengladbach: Fehlinvestitionen bei Events (z.B. das Musical Gambler), bei denen die Stadt auf den Schulden sitzen geblieben ist; Gelder für Prestigeobjekte (Borussenstadion, Hockeystadion), die für andere notwendige Investitionen nicht mehr zur Verfügung stehen; hohe Kosten für Aufwand und für Personal, das die Stadtverwaltung in weitere Prestigeobjekte, wie z.B. ECE, steckt.

Diese millionenschweren Ausgaben fehlen für finanziell abgesicherte Kindereinrichtungen, für die Sanierung maroder Schulen und anderer öffentlicher Gebäude, für die Beschaffung von VertretungslehrerInnen in allen Schulen, für den Ausbau der städtischen Infrastruktur.

Ergebnis dieser bisherigen kommunalpolitischen Schwerpunktsetzung ist, dass die soziale Spaltung in unserer Gesellschaft sich auch in unserer Stadt immer deutlicher zeigt: Immer mehr Menschen und vor allen immer mehr Kinder müssen mit dem Regelsatz von Hartz IV auskommen, der schon längst kein menschenwürdiges Dasein mehr ermöglicht. Armut wird an der Bekleidung sichtbar, an den maroden Fenstern von Wohnungen, zeigt sich an den steigenden Zahlen von BesucherInnen bei der „Tafel“ und bei sozialen Treffs in unserer Stadt.

Wir stellen exemplarisch einige Fälle dar, die dies dokumentieren:

Geldverschwendung	Kein Geld für die Bedürfnisse der BürgerInnen
500.000 EUR werden für einen Autobahnzubringer vom Parkplatz des Borussiastadions bzw. 600.000 EUR für eine dritte Spur der Aachener Straße vom Borussiastadion zur Autobahn ausgegeben	Kosten für eine Gehwegabsenkung (2000 EUR), damit Rollstuhl- und RollatorfahrerInnen problemlos vom Gehweg über die Straße kommen, werden nicht zur Verfügung gestellt.
Für eine Ersatzspielfläche des Theaters für eineinhalb Jahre werden 2,7 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.	Fanfarengruppen, Musikgruppen und andere Kulturinitiativen erhalten keine materielle Unterstützung der Stadt.
In die Planung und Realisierung von ECE wird viel Geld und Zeit gesteckt.	Seit Mai 1996 setzt die Verwaltung einen Beschluss der Bezirksvertretung Odenkirchen nicht um, eine Bedarfsanalyse für einen Abenteuerspielplatz zu erstellen.
Das Hockeystadion wurde u. a. auch mit Mitteln der Stadt finanziert und wird von ihr mit unterhalten.	100 EUR monatlich, damit Jugendliche in Odenkirchen eine niedrigschwellige Anlauf- und Beratungsstelle haben, sind angeblich nicht vorhanden.
8,1 Mio. EURO hat die Stadtparkasse zur Sanierung der WestLB beigetragen.	67.000 Euro, die reichen würden, um das Arbeitslosenzentrum am Leben zu erhalten, fehlen.

### ***Deshalb fordert DIE LINKE.***

- Kommunale Politik muss Zeichen setzen, damit in dieser Stadt Menschen, die in materielle, soziale und/oder berufliche Bedrängnis geraten sind, nicht ausgegrenzt, sondern integriert werden.
- Kommunale Haushaltspolitik muss Prioritäten im sozialen, schulischen und pädagogischen Bereich setzen.
- Ein Umdenken in der Stadtplanung im weiteren Sinne kann Mönchengladbach zu einem Ort machen, der nicht nur wegen seines Fußballbundesligisten, sondern wegen seiner offensiven Sozialpolitik über die Stadtgrenzen hinaus bekannt wird.

## 11. Wir wollen ECE verhindern!

30.000 Quadratmeter groß soll das neue ECE-Center auf dem Gelände am ehemaligen Schauspielhaus in Mönchengladbach werden. Dazu soll die Steinmetzstraße bis zur Viersener Straße untertunnelt werden. Kosten: 14,5 Millionen Euro, welche die BürgerInnen zu zahlen haben. Mit dem ECE-Center soll Kaufkraft aus dem Umland in die Stadt fließen, sollen Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden. Im Vorfeld soll das Nadelöhr Bismarckstrasse für den Autoverkehr weiter ausgebaut werden. Gleichzeitig werden Fußgänger und Fahrradfahrer von der Bismarckstrasse verdrängt.

Die Folge dieses Einkaufszentrums für die anderen Stadtteile Mönchengladbachs ist verheerend: Kaufkraft wird aus Rheydt, Odenkirchen, Wickrath und anderen Stadtteilen abgezogen. Ein Gutachten geht von 10 – 15 % weniger Umsatz aus, die Rheydt und den Stadtbezirken nach Öffnung des ECE fehlen werden. Aber auch das Mönchengladbacher Zentrum wird unter dem Kaufsog von ECE leiden. Hindenburgstrasse, Vitus-Center und kleineren Einkaufspassagen droht ein schnelles Ausdünnen.

Diese Zahlen machen deutlich, dass ECE insgesamt nicht mehr Arbeitsplätze bringt, sondern Arbeitsplätze in der Stadt vernichten wird. Außerdem wird der Einzelhandel in der Innenstadt und in den Stadtteilzentren geopfert, weil den kleinen Ladenbesitzern, die jetzt schon knapp kalkulieren müssen, nichts anderes mehr übrig bleibt, als ihre Geschäfte zu schließen. Die Folge sind ausgestorbene städtische Zentren, in denen nach Verkaufschluss die Bürgersteige hochgeklappt werden

Wir sind der Meinung, dass die zweistelligen Millionenbeträge, die die Stadt Mönchengladbach allein in die Maßnahmen des Straßenbaus steckt, um so ECE-kompatibel zu werden, an anderen Brennpunkten in der Stadt besser eingesetzt wären.-

### ***Deshalb fordert DIE LINKE.***

- Mönchengladbach soll ECE-frei bleiben!
- Für ECE vorgesehene Gelder sind zur Förderung von mehreren kleinen Stadtzentren, wie Rheydt, Odenkirchen, Giesenkirchen oder Wickrath, also für die Förderung dezentraler Strukturen in Mönchengladbach, zu verwenden.
- Arbeit, Wohnen und Freizeit sollten zusammengeführt werden, statt weitere Zersiedelung zu fördern.
- Erbpacht solle Priorität vor einem Verkauf von Betrieben haben. Dadurch bleibt die Kontrolle bei der Kommune, wenn ein Betriebsstandort aufgegeben wurde.

- Die in der Stadt vorhandenen Freiflächen sollen im Interesse des Gemeinwohls sinnvoll genutzt werden.
- Bei der inneren Gestaltung neuer Baugebiete soll eine flächensparende Bauweise gefördert werden, ohne die Auflockerung durch Grün sowie andere ökologische Maßnahmen zu vernachlässigen.
- Der Verschleuderung von öffentlichem Wohnraum, wie sie z.B. durch den Verkauf der LEG-Wohnungen stattgefunden hat, muss endgültig ein Riegel vorgeschoben werden.
- Die Stärkung des öffentlichen sozialen Wohnungsbaus und des mehrgeschossigen Wohnungsbaus muss Schwerpunkt kommunaler Baupolitik werden, auch auf Kosten neuer Eigenheimsiedlungen. Der seit Jahren forcierte Abbau von Sozialwohnungen muss umgekehrt werden.



## 12. Wir wollen eine sozial-ökologische Verkehrswende und Mobilität für Alle!

Verkehrsentscheidungen in Mönchengladbach werden immer noch unter dem Gesichtspunkt der Autovorrangpolitik gefällt. FahrradfahrerInnen sind auf den meisten Straßen ohne eigene Fahrwege stark gefährdet. Der öffentliche Nahverkehr ist für viele Menschen zu schwer erreichbar, er bietet eine zu geringe Zeitdichte und ist zu teuer.

### *Deshalb fordert DIE LINKE.*

- In unserer Stadt muss eine sozial-ökologische Verkehrswende eingeläutet werden.
- Es muss umgehend, auf der Basis der seit vielen Jahren vorhandenen Erkenntnisse über Kosten und Folgekosten der Autovorrangpolitik, ein am Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs orientiertes Konzept für Mönchengladbach erstellt werden. Es müssen verkehrspolitische Alternativen von einem dafür zuständigen Ausschuss entwickelt werden, der Konzepte und praktische Erfahrungen aus anderen Orten auswertet und nutzt.
- In einem zweiten Schritt muss ein ökologischer Master-Plan für kurz- und mittelfristige Ziele in der Verkehrsplanung entwickelt werden.
- Der öffentliche Nahverkehr muss kommunalisiert werden, Mobilität als menschliches Grundbedürfnis darf nicht von wirtschaftlichen Interessen gesteuert sein.



### **13. Wir wollen Kultur und Sport für Alle!**

DIE LINKE. Mönchengladbach vertritt einen breiten Begriff von Kultur, der die gesamte Arbeits- und Lebensweise der Menschen umfasst. Kultureller Fortschritt bedeutet die Verbesserung von Ernährung, Kleidung, sozialer Sicherung und Wohnverhältnissen. Zu diesem Kulturbegriff gehören neben weniger Arbeitszeit ein mehr an Freizeit, Bildung, Kunstgenuss und Naturerleben, Reismöglichkeiten und eine höhere Lebenserwartung. Ein selbstbestimmtes Leben mit vielfältigen Möglichkeiten der Entfaltung eigener Interessen und Talente bedeutet kulturelle Vielfalt für alle Menschen.

Der immer stärkere Niedergang der freien Kultur in Mönchengladbach muss endlich ein Ende finden. Es kann nicht sein, dass die etablierte Kultur, die sich erfolglos in Museen und dem Stadttheater austobt, weiterhin Millionenzuschüsse bekommt und jene, die in dieser Stadt für eine Kulturwende kämpfen, mit lächerlichen Beträgen abgespeist oder überhaupt nicht gefördert werden. Dem BIS-Zentrum wurde die Ausstellungskompetenz durch Sperrung eines ganzen Hauses entzogen, dazu verkommt dieses ehemals gut geführte Zentrum für offene Kulturarbeit immer mehr zu einem „Workshopzentrum“ mit einem Veranstaltungssaal, der nicht ausreicht, die Existenz zu sichern. Eine freie Theaterszene ist kaum erkennbar, Literatur liegt am Boden oder findet in spannungslosen Stadtkrimis statt.

Weder Jugendkultur noch Kultur für Senioren oder die Armen dieser Stadt ist auch nur im Ansatz diskutiert und entwickelt worden. Ein Konzept für die kurz-, mittel- oder langfristige Förderung der freien Kulturszene gibt es nicht einmal im Planungsansatz. So zerstört man in einer ganzen Region jedes nichtelitäre Kulturverständnis.

In unserer Gesellschaft sind auch kulturelle Verbesserungen weitestgehend nur mit Geld zu erkaufen. Trotz relativ hoher Ausgaben gelingt es nicht, „Kultur für Alle“ zu organisieren und zu fördern. Insbesondere ältere Menschen mit geringen Renten und Kinder, die von Hartz IV leben, werden Tag für Tag ihrer Chancen auf gesunde Ernährung und gute Bildung beraubt, können sich keine kulturelle Teilhabe leisten.

Die Sanierung öffentlicher Kassen auf Kosten von Kunst und Kultur lehnen wir ab. Kultur ist keine Restgröße, die nach Belieben eine Kürzungsmasse darstellt. Vielmehr muss Kultur als wesentliches Element des Selbstverständnisses Mönchengladbachs begriffen werden.

***Deshalb fordert DIE LINKE.***

- Ein Schwerpunkt unserer Arbeit im Rat der Stadt werden Initiativen sein, die Kultur und Sport für alle ermöglichen sollen.
- Die Schließung und die Verringerung des Angebotes von Bürgerhäusern, kleinen Theatern, Jugendzentren, Stadtteilbibliotheken, Sportstätten und Musikstätten muss gestoppt werden.
- Die Stadt Mönchengladbach muss Konzepte, bei denen die Menschen Kultur nicht nur als Empfänger erleben, sondern auch selbst Kultur schaffen können, stärker fördern. Hierzu ist die Schaffung eines städtischen Kulturzentrums dringend nötig, das an der Stelle des ehemaligen Schauspielhauses an der Hindenburgstrasse entstehen könnte, statt es den Kommerz- und Profitinteressen des ECE zu opfern.
- Die Stadt muss ausreichend viele und geeignete Übungsräume und Proberäume – etwa in einem Kulturzentrum - für bildende Künste, Musik, Theater, Bands, Kleinkunst und vieles andere mehr zur Verfügung stellen.
- In jedem Stadtteil soll ein Bürger- und Kulturzentrum entstehen, das in Ausstattung und Angebot den heutigen Anforderungen genügt. Die Nutzung der Räumlichkeiten muss Vereinen und Bürgerinitiativen kostenlos möglich sein.





# **DIE LINKE.**

## Eintrittserklärung

Hiermit erkläre ich

Name

Vorname

meinen Eintritt in die Partei DIE LINKE, Mitglied der Partei der Europäischen Linken (EL).

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen des Programms der Partei DIE LINKE, erkenne die Bundessatzung an und bin nicht Mitglied einer anderen Partei im Sinne des Parteiengesetzes.

### Weitere Angaben zur Person

Geburtsdatum

Beruf

Wohnanschrift, Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort

Telefonnummer

E-Mail Adresse

Die Angaben dienen der Nachweisführung und der statistischen Auswertung der Mitgliederentwicklung sowie der Verbesserung der Kommunikation. Sie werden im Parteivorstand, den Landesverbänden und in den Gliederungen der Partei DIE LINKE entsprechend den Bestimmungen des Datenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt und aufbewahrt.

Ort und Datum

Unterschrift



## ***DIE LINKE.***

Mönchengladbach

Burgstraße 4

411 99 Mönchengladbach

Tel.: 02166 - 9792243

Fax.: 02166 - 9792242

E- Mail: [buero@die-linke-mg.de](mailto:buero@die-linke-mg.de)

### **Bürozeiten**

Montag - Freitag

10:00 - 12:00 Uhr

und

16:00 - 18:00 Uhr